

Die „Freie Presse“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Deutschland oder bei direkter Bestellung ohne Zustellgebühr monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Streifenband 2.- M. Die „Freie Presse“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung.

Interessenten sollten die achtgepöckelte Dampfdruckerei oder deren Raum L 20 III, Moritzweigen des jetzigen Werts 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leuchtungsbeitrag 70 Pf., bei Familien- u. Verkaufsanzeigen 100 Pf. der Zuschlag fort. Interessenten für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9785

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen die Armeniermekeleien.

Wilson an die Türkei.

Paris, 27. August.

Die Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Athen vom 26. August, wonach der amerikanische politische Kommissar in der Türkei der türkischen Regierung ein Telegramm Wilsons übergeben habe, in dem die Türkei aufgefordert wird, unverzüglich die Mekeleien in Armenien einzustellen. Andernfalls werde Wilson von seinen vierzehn Punkten den zweiten zurückziehen, der sich auf die Aufrechterhaltung der türkischen Oberherrschaft in den rein osmanischen Gebieten bezieht.

Die Gewerkschaften und die Washingtoner Konferenz.

Amsterdam, 27. August.

Die „Het Volk“ meldet, sind die Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Herren Duboguesst und Timmer, aus England, wo sie mit Minister Barnes eine Unterredung über die Teilnahme der Gewerkschaften an der Washingtoner Arbeitskonferenz hatten, wieder nach Amsterdam zurückgekehrt. Minister Barnes drang bei dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes sehr darauf, daß dieser seinen Einfluß zugunsten der Teilnahme der Gewerkschaften an der Washingtoner Konferenz geltend machen möge. Der Vorstand hat jedoch mit Bestimmtheit erklärt, daß er sich an die vom Amsterdamer Kongreß gefasste Entschließung halte und seine Mitwirkung bei der Washingtoner Arbeitskonferenz verweigern wird, wenn die Mittelmächte nicht zur Teilnahme am Kongreß aufzuerstehen werden. Barnes war nicht in der Lage, eine diesbezügliche Zusage zu machen.

Die Lage in Oberschlesien.

Ein Funkspruch an Alle.

Berlin, 27. August.

Die deutsche Regierung hat folgenden Funkspruch an Alle ausgesprochen:
Die deutschfeindlichen Quellen werden fortgesetzt falsche Meldungen über die Zustände in Oberschlesien und über die Verhältnisse, die angeblich dort von deutschen Behörden und Truppen herrschen, verbreiten. Es meldet die „Agence Havas“, daß die Erhebung im Blut erstickt werde. Das aus Verleumdungen, die auf das entschiedenste zurückgewiesen werden müssen. Blut flieht in Oberschlesien nur zur Abwehr von Angriffen der Russen und ihrer Helfer von jenseits der Grenze. Die deutsche Regierung hat sich den Befehl gegeben, bei den Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes mit Mäßigkeit zu verfahren und die Forderungen einzustellen. Dieser Befehl ist eindrucksvoll nachgefolgt worden, er wird befolgt. Ehe nicht die Ruhe völlig wieder eingesetzt und die Arbeit wieder aufgenommen ist, kann an dem Abbau des Ausnahmestandes nicht gearbeitet werden. Die polnische Regierung würde sich ein Verdienst für den Frieden tun, das Wohl der oberschlesischen Bevölkerung zu erwägen, wenn sie ihrerseits auf eine Beruhigung der öffentlichen Meinung hinarbeitet.

Die Tätigkeit der Entente-Kommission.

Kattowitz, 27. August.

Die internationalisierte Kommission empfing in Hindenburg eine Abordnung der Arbeiter. Am Mittwoch fanden Verhandlungen mit Polenführern in Kattowitz statt.

Vor der Besetzung durch die Entente?

Paris, 25. August. (Neuer.)

In einem von der Friedenskonferenz in der Frage der Kommission für Schlesien an General Tappin geschickten Instruktionen enthält ein Telegramm die Ansicht ausgedrückt, daß das beste Mittel, um die Ruhe wieder herzustellen und die Arbeiterbewegung in Oberschlesien und Teichen zu veranlassen, eine Besetzung durch die Alliierten sei. Es wird nicht erwartet, daß die deutsche Regierung auf ihrem Recht, ihre Angelegenheiten zu verwalten, bestehen wird. Tatsächlich wird von Seiten der deutschen Delegation in Versailles im Hinblick auf den Vorschlag gemacht worden, die Arbeiter möchten die Besetzung Schlesiens in die Wege leiten.

Stiergen wird W. I. B. von „zuständiger Stelle“ erklärt: Soweit die Neutermeldung von der Stellungnahme der deutschen Regierung oder ihrer Vertreter spricht, ist sie vom ersten bis zum letzten Wort falsch. Die deutsche Regierung hat weder ausdrücklich noch andeutungsweise auf irgend eines ihrer Souveränitätsrechte über Oberschlesien verzichtet und denkt auch nicht an einen solchen Verzicht. Dies gilt vor allem von der vorzeitigen Besetzung Oberschlesiens durch die Entente. Im übrigen ist festzustellen, daß die Neutermeldung durch die Entente die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vollkommen überholt ist.

Die Streiklage.

Kattowitz, 27. August.

Die Pressestelle des Staatskommissariats in Kattowitz meldet: Der Generalstreik kann für so gut wie erledigt gelten. Voll arbeiten alle staatlichen Werke und das Stahlwerk. Das Zentralrevier arbeitet ebenfalls voll bis auf die Antonienhütten-Gruben, wo nur 30 bis 40 Prozent arbeiten. Im Piesener Revier arbeiten durchschnittlich 40 bis 50 Prozent. Die Arbeitsaufnahme der oberschlesischen gesamten Belegschaften beträgt 95 Prozent.

Die Verhandlungen über Oesterreich.

H. N. Haag, 27. August.

Der Pariser Correspondent des „Nieuwe Courant“ meldet, daß gestern bei Behandlung der Antwort an Oesterreich die Verhandlungen über einen Punkt nicht beendet werden konnten. Es handelt sich um die Frage der zu verlangenden Garantie, daß die neue deutsch-österreichische Republik sich künftig nicht an Deutschland anschließen wird. Einige Delegierte beunruhigen sich über die deutsche Propaganda in Wien und wünschen, daß diese Propaganda verhindert werde. Besonders aus der Erwägung heraus, daß die neue Republik noch immer nicht genügend Sicherheiten dafür biete, daß die Traditionen der alten Monarchie endgültig beseitigt sind. Diese Meinung wurde besonders von denjenigen Mitgliedern der Konferenz vertreten, deren Länder Nachbarn Oesterreichs sind. Von anderer Seite aber wurde diese Bestimmung energisch bekämpft. Der Amerikaner Washburn sagte, daß der neue österreichische Staat durch keinerlei Bund mehr mit dem alten Oesterreich-Ungarn verbunden sei und daß es daher unnötig und unangebracht sei, seine Entwicklung im Voraus zu hemmen. Nicht alle Mitglieder des Rates sind dieser Ansicht, es steht aber noch nicht fest, welche Ansicht die Mehrheit des Rates haben wird. Voraussetzlich wird ein Kompromiß zustande kommen, das darauf hinausgeht, die Verantwortlichkeit des alten Oesterreichs festzustellen und für die Zukunft Garantien für zu weitgehende deutsche Einflüsse zu verlangen. Gleichzeitig wird man aber der Republik eine Existenzmöglichkeit geben.

Noch keine Lösung in Ungarn.

Wien, 27. August.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Gestern fand eine Konferenz der Vertreter aller deutschen Parteien statt, sowohl der Bürger- und Bauernpartei als auch der Christlich-sozialen und der Sozialdemokratischen Partei. Die Konferenz beschloß die steile Durchführung des seinerzeit von dem Nationalitätenminister Csokor Jazyk entworfenen Autonomieprogramms und forderte bezüglich Ungarns eine autonome Verwaltung mit deutschen Behörden und deutscher Gendarmerie unter einem deutschen Nationalitätenminister. Es wurde ein Dreierausschuß aus Deutschen und Buren ernannt. Sozialisten und Christlich-Sozialen entsand, um mit der Regierung und der Entente bezüglich der vollen Autonomie Deutschlands zu verhandeln.

Legilarbeiterbewegung in England.

H. N. Haag, 27. August.

Aus London wird gemeldet: Die Jahresversammlung der Legilarbeiter fand gestern in Leeds statt. Der Vorsitzende stellte mit, daß sich die Mitgliederzahl des Verbandes im Laufe des Jahres 1919 von 70. auf 90.000 erhöht habe. Es wurde vorgeschlagen, eine allgemeine Lohnerhöhung von einem Penny pro Stunde durchzuführen. Darüber soll eine Verhandlung mit den Unternehmern stattfinden. Man hofft, einen Streik vermeiden zu können.

Der Verrat an den deutschen Seeleuten.

Wie unser Hamburger Parteiorgan meldet, hat vor einigen Tagen die Boermann-Linie sämtliche Offiziere der Brisendampfer innerhalb 48 Stunden massenhaft kündigt. Ebenso hat die Hamburg-Amerika-Linie massenhafte Kündigungen zum 1. Oktober vorgenommen. Diese Maßnahmen schließen sich konsequent den Handlungen der Reeder gegen die Seeleute an, die sie angewandt haben, seitdem die Frage der Schiffsablieferung akut geworden und das Milliardenangebot des Reiches zum Wiederaufbau der Flotte sichergestellt ist. Diese Vorgänge, von der Öffentlichkeit bisher viel zu wenig beachtet, verdienen deshalb eingehende Erörterung.

Eine von erwerbslosen Seeleuten eingesetzte Kommission beschuldigt die Reeder in einer vor kurzer Zeit gemeinsam mit dem Seemannsbund an die Nationalversammlung gerichteten Denkschrift, die Schiffsbesatzungen brotlos gemacht zu haben, indem sie sie der Entente gegenüber als „bolschewistisch“ und „spartakistisch“ verzeichnet darstellten. Hiernach wurde in der Reederkreise nachstehenden Presse eine systematische Propaganda gegen die Seeleute betrieben, deren Ursache in dem von den Schiffsahrtsgesellschaften mit der Entente bzw. der deutschen Regierung abgeschlossenen Chartervertrag zu suchen ist. Dieser Vertrag halte ursprünglich zur Voraussetzung, daß die Reeder die deutschen Besatzungen bezahlen und beschäftigen sollte; eine Bestimmung, die die Reeder in ihrem Gewinn stark beeinträchtigt hätte, da besonders die Beschaffung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken im Ausland erhebliche Aufwendungen erfordert hätte. Wie sehr diese Auffassung zutrifft, geht am besten daraus hervor, daß die Aktien der Gesellschaften außerordentlich stiegen, als bekannt wurde, daß die Entente dank der Agitation der Reeder die deutschen Schiffsbesatzungen wegen bolschewistischer Anstehungsgefahr nicht im Dienst behalten wollte. Die gutinformierte „Schiffsahrtzeitung“ teilte ihren Lesern sogar mit, daß in Vorkriegszeiten die Ansicht herrsche, die Schiffsahrtsgesellschaften könnten infolge des jetzt zu erwartenden Niederganges der Dividendenverluste der Kriegszeit ausgleichen. Das wesentliche Belastungsmaterial, das der Seemannsbund gegen Regierung und Reeder in Händen hat, besteht in dem folgenden Funkspruch aus Rauen, der am 6. Februar von Dapog-Dampfer „Botavia“ in Vrest aufgenommen wurde.

„Dampfer „Botavia“ der S.-A.-L., der mit Rücktransport deutscher Besatzungen angelieferter Schiffe beschäftigt war, wurde angeblich wegen bolschewistischer Bestrebungen der Besatzung angehalten und nach Cherbourg gebracht.“

Als dieser ohne Zweifel unter Zustimmung der Regierung und auf Veranlassung der deutschen Reeder abgefaßte Funkspruch bekannt wurde, herrschte an Bord des Schiffes die allergrößte Ruhe, und die Entente dachte nicht daran, das Schiff anzuhalten oder die Besatzung zu mahregeln. Die französische Regierung hatte vielmehr kurz vorher von den Seeleuten eine Kuffelung der für einen Zeitraum von drei Monaten notwendigen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke verlangt, in der unabweislichen Absicht, die deutschen Seeleute zu behalten. Nach Bekanntwerden des Telegramms war davon keine Rede mehr, und die Besatzung der „Botavia“ wurde nach einigen Tagen interniert.

Doch in Entente-Kreisen zunächst mit den deutschen Schiffsahrtsgesellschaften geteilt wurde, und erst durch die Begehr der Reeder eine andere Ansicht durchdrang, wurde auch in der vor kurzem in Kopenhagen tagenden internationalen Seemannskonferenz erwiesen, als die beiden englischen Delegierten erklärten, sie seien sehr erkrankt darüber, daß die deutschen Besatzungen ihre Schiffe verlassen hätten. Im gleichen Sinne äußerte sich ein Amerikaner gegenüber dem Hamburger Vertreter des D. S. A. und erklärte, daß er selbst Zeuge gewesen sei, wie drei englische Besatzungen in Gall sich geweigert hätten, an die Stelle ihrer deutschen Kollegen zu treten. Demgegenüber kennzeichnet sich die andauernde Verachtung des Reederbündels „Panfa“, die deutschen Seeleute würden von den britischen Kollegen boykottiert, als lächerliche Stimmungsmache. Das ganze Bestreben der

Reeder ging darauf hinaus, die Entente durch die Behauptung einer bolschewistischen Bewegung von der Verhinderung deutscher Schiffsbesatzungen abzusprechen. Nachdem dies gelungen ist, wird der Rest der Seeleute auf die Straße geworfen. Für die kramlose Handlungsweise der Reeder gibt es aber auch noch anderes Belastungsmaterial. Um die im Ausland internierten Seeleute loszuwerden, sitzen die Reeder in den Gefangenenlagern verschiedene Gutachten vorfälligen, in denen Deutschland als ein durch und durch bolschewistisch verfeuchtes Land hingestellt und den Gefangenen geraten wurde, nicht zurückzukehren. Die Hauptschuld an diesem kramlosen Menschenhandel trifft neben den großen Reedereien auch die Regierung, die einzig und allein die Interessen der Reeder bei der Ablieferungsfrage vertreten hat. Da die deutschdemokratische Fraktion diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Anfrage in der Nationalversammlung gemacht, offenbar in der Absicht, damit die Reeder in Schach zu nehmen, wird die unabhängige Fraktion dafür sorgen, daß bei dieser Gelegenheit festgestellt wird, wie weit die Regierung an dem völkerverräterischen Menschenhändler der Reeder aktiv beteiligt ist.

Der Aufstand der Eisernen Division.

Die Lage im Baltikum wird, laut dem „Berl. Tagebl.“, an zutändiger Stelle wie folgt angegeben:

Es befinden sich auf außerdeutschem Boden etwa 40 000 Mann, die eine erprobte und einheitliche Kampftruppe darstellen und hervorragend ausgerüstet sind. Die Stimmung dieser Truppen wird als äußerst erbittert gegen die Regierung bezeichnet, der man vorwirft, Versprechungen, die sie der Deputation der Eisernen Division im Frühjahr dieses Jahres machte, nicht gehalten zu haben. Es ist kein Zweifel, daß die Erregung der Soldaten von bestimmten Seiten stets weiter geschürt wird. So ist auch die Behauptung, daß die lettische Regierung den Truppen das Ansiedlungsrecht versprochen habe, nach den Erklärungen der lettischen Regierung unrichtig. Es wurde den Soldaten nur die Möglichkeit der Einbürgerung geboten, und wenn die lettische Regierung dieses Zugeständnis neuerdings nicht anerkennen sollte, so steht jedem einzelnen das Recht der Privatflucht zu. Die Regierung muß es ablehnen, wenn man die Truppen etwa gewaltsam versenden wollte, zu ihrem vermeintlichen Recht zu kommen. Andererseits muß die deutsche Regierung die Forderungen der Truppen im Baltikum auf das schärfste zurückweisen, und zwar einmal aus Gründen der Disziplin, sodann aber auch, weil sie schließlich unerfüllbar sind. Die Hauptforderung besteht darin, daß in der endgültigen Reichsverfassung mindestens 30 Prozent aller Offiziere und Mannschaftsstellen für Angehörige der jetzigen Eisernen Division vorbehalten werden, was ganz ausgeschlossen ist mit Rücksicht auf die im Inland noch über den festgesetzten Etat hinaus bestehenden Truppen, die ebenfalls den Anspruch erheben, zum Teil in die Reichswehreinheiten aufgenommen und verteilt zu werden. Was endlich die angeblichen Verträge mit Lettland betrifft, die seitens des Reiches abgeschlossen sein sollen, so ist zu bemerken, daß Verträge des Inhalts, wie er von den Grenschuttruppen angenommen wird überhaupt nicht bestehen, daß aber abgesehen davon nach Artikel 202 des Friedensvertrages automatisch alle mit dem ehemaligen Rußland oder Staaten, diehjemals zum russischen Reich gehörten, abgeschlossenen Verträge einseitig werden.

Es wird also endlich auch von amtlicher Seite bestätigt, daß die Forderungen der Soldlinge der baltischen Barone an die lettische Regierung durchaus unberechtigt sind. Das hindert allerdings die konservative Presse nicht, sich hinter die rebellischen Landsknechte in Kurland zu stellen und sie zu noch schärferen Vorwürfen aufzufuttern. So schreibt die „Post“, wenn die Regierung nicht energisch genug auftritt, müsse die Energie der Beteiligten und der eventuellen Benachteiligten ihr etwas mehr Selbstbewußtsein einflößen. Besonders bezeichnend aber ist der Schluß dieser Ausführungen:

Für alle Weiterungen ist die Regierung verantwortlich zu machen. Sie hat dafür zu sorgen, daß diesen Truppen ihr Recht wird. Sie selbst hat das einst ebenfalls zugesagt und muß es auch erfüllen. Vor allen Dingen hat sie selbstbewußt und energisch der lettischen Regierung in einer Note vorzulegen, daß diese ihre Versprechen zu erfüllen habe und nicht Verträge einseitig brechen dürfe.

Die Forderung einer derartigen Drohnote an die lettische Regierung scheint übrigens in den höheren militärischen Kreisen sehr populär zu sein. Eine Lokalkorrespondenz verbreitet folgende offensichtlich inspirierte Notiz:

Wie wir erfahren, hat das Reichswehrministerium zu dem Vorhaben der „Eisernen Division“ in Lettland noch nicht endgültig Stellung genommen. Der Reichswehrminister will jedoch der Regierung den Vorschlag unterbreiten, der lettischen Regierung einen Protest wegen ihres Verhaltens in der Erfüllung ihrer Versprechungen zu überreichen.

Wir werden ja sehen, ob der Reichswehrminister wirklich in dieser Weise in die politische Führung des Reiches eingreifen wird.

Ueber die Verhältnisse bei der Eisernen Division wird von einem früheren Angehörigen der baltischen Landwehr im „Vorwärts“ berichtet:

Es war für den Kommandeur der Vorgänge im Baltikum von vornherein klar, daß die von der Entente dringende sofortige Räumung Lettlands bei der Landwehr auf Schwierigkeiten stoßen würde. Wenn aber in der heutigen halbamtlichen Redung, ebenso wie in früheren Berichten, die Sache so dargestellt wird, als ob der Widerstand gegen die Räumung Lettlands lediglich von der Mannschaft der dort stehenden Truppenteile ausgehe, so ist dies eine nicht unwesentliche Verdrehung der Tatsachen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß Hunderte von Angehörigen der baltischen Landwehr wirklich die Absicht haben, sich im Lande als Kaufleute, Handwerker oder Landwirte niederzulassen und zu diesem Zweck das ihnen von der damaligen lettischen Regierung versprochene Bürgerrecht zu erwerben. Ein großer Teil der Mannschaften denkt jedoch nicht daran, sich dort dauernd anzusiedeln, sondern will die mancherlei Annehmlichkeiten und Vorteile möglichst lange genießen. Der weitaus größte Teil der Truppen hat sich infolge der Arbeitslosigkeit, namentlich wegen der schlechten Ernährung zu Hause, bei der Landwehr anwerben lassen, zumal die zahlreichen Barbezeugen auch glänzende Bez-

spendungen machten, die jetzt nicht gehalten werden können. Daß ein kleiner Teil der Mannschaften die Anwesenheit in Lettland nebenbei zu Schiedungen aller Art benutzt und dabei nicht gern ein so dankbares Feld lohnenden Erwerbes verläßt, soll nur nebenbei erwähnt werden. Es sind nicht die besten, die sich für Oberst gemeldet haben.

Es muß hier aber offen ausgesprochen werden, daß die Truppenführer, die Offiziere selber zum weitaus größten Teil ein Interesse daran haben, die Räumung Lettlands möglichst in die Länge zu ziehen. Sie lehnen sich hierbei recht wenig an die Befehle der Reichsregierung. Und schon längst hätte ganz Lettland geräumt sein können, wenn nicht gerade der Widerstand einer mit deutschbaltischen Baronen verfeindeten und verschwägerten Offizierskategorie gewesen wäre.

Es ist begreiflich, daß das bequeme, sorgenlose Leben, das namentlich die Offiziere nach der Einnahme Riga in Lettland, besonders auf den Gütern der Edelleute führten, sowie die Furcht in Deutschland den Abschied nehmen zu müssen, sie zum Weichen veranlaßte. So mancher hat sich dort ein kleines Vermögen erworben können. Als, um nur ein Beispiel zu erwähnen, Riga genommen war, waren deutsche Offiziere nach Kräften bemüht, die Stadt mit allerlei brauchbarem, namentlich Strohstoff und anderem leicht zu verschleppender Ware, ja sogar mit — Rohgarn zu versorgen. Daß dieses Beispiel auch bei den Mannschaften Nachahmung findet, ist nicht zu verwundern.

Ob Graf von der Goltz bei der Räumung Lettlands dieselbe Energie gezeigt hat, die er beispielsweise der Arbeiterschaft in Bittau gegenüber zu Unrecht bemies, darf man wohl mit Recht bezweifeln.

Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß zahlreiche Beamte, die zu Hause ihr Gehalt beziehen, noch immer bei der Landeswehr tätig oder untätig sind und dort ebenso wie im Kriege die Vorteile doppelter Gehaltszahlung und anderer Annehmlichkeiten genießen.

Daß alle diese Herren, die aus keinerlei idealen Beweggründen Lettland absolut „beschützen“ wollen, gerade nicht geeignet sind, das deutsche Ansehen in Lettland zu stärken, sondern im Gegenteil den Balken Daß und Verachtung ihres deutschen Nachbarn, von dem sie ja nur den Top des „schneidigen Offiziers“ und des „geschätzlichen Zahlmeisters“ sehen, einflößen, ist ungewisselhaft. Es wird lange dauern, bis wir uns das Vertrauen der Baltien wieder erworben haben werden.

Man ist erkrankt, derartige vernünftige Äußerungen im „Vorwärts“ zu finden, der bisher den Dingen im Osten ruhig ihren Lauf nehmen ließ. Anscheinend ist die Lage im Baltikum auch der Regierung derartig unangenehm geworden, daß der „Vorwärts“ ausnahmsweise die Wahrheit sagen darf.

Hindenburg als Kanzlerführer.

Das 20. Jahrhundert wird eine Denkschrift des Generalfeldmarschalls Hindenburg aus dem August 1917 veröffentlicht, aus der man erfährt, wie sich Hindenburg beim Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg betätigt hat. Er führt die Gründe an, die ihn veranlaßt hätten, gegen die Reichsleitung Stellung zu nehmen. Wichtige außenpolitische Schritte seien ohne genügendes Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung vorgenommen worden. Beim rücksichtslosen U-Bootkriege habe die Haltung der Reichsleitung geschwankt. Bei Mißgriffen sei die Verantwortung auf die Heeresleitung abgewälzt, bei inneren Schäden zu spät und nicht kräftig genug eingegriffen worden. Die Volkskraft habe man nicht genügend ausgenutzt. Hindenburg wirft Bethmann Hollweg dann folgendes vor:

Versagen jeder Aufrichtung im Volke, Fehlen einer gleichwertigen Leitung im Innern. Der schwerste Vorwurf! Die unübersehbaren Folgen sind:

- 1) Demoralisation (Wucher, Genußsucht), Betrüerung der Begriffe von Recht und Pflicht,
- 2) Verfall des Lebens,
- 3) Verkommen in Alltagsorgen und Fehlen jedes Verantwortungs für Größe und Ernst der Zeit,
- 4) Pflichtvergessenheit (Streik),
- 5) politische Forderungen (die an sich nur auf dem Versagen der bisherigen leitenden Verantwortlichkeiten beruhen, aber sicher nicht geeignet sind, grundsätzlich zu bessern),
- 6) Schädigung des Ansehens der Monarchie (Abkühlung des Kaisers, überzogener Einfluß der Kabinette, Drängenlassen zu Entscheidungen usw.),
- 7) Kaufmännerei der Presse, Einflußnahme nur auf einige Zeitblätter äußerer Art.

Hindenburg führt weiter aus, daß die Ansicht, daß Politik und Heeresführung sich trennen lasse, falsch sei. Der Vorwurf, daß er ganz allgemein eine Abhängigkeit der Reichsleitung von der Obersten Heeresleitung anstrebe, sei sinnlos. Die beiden leitenden Stellen müssen eng zusammenarbeiten und Vertrauen zu einander haben. Hindenburg hält dann die Regelung folgender Fragen als besonders dringlich:

- 1) Maßnahmen zur Leitung der Presse,
- 2) Aufrüstungstätigkeit im Volk (Schule, Gesundheits-, Angelegenheiten, Soldaten aus der Front),
- 3) Sicherstellung der Fertigkeit in der Kriegsindustrie. Erfassung aller Arbeitskräfte und Ersatz der Beschäftigten in den Fabriken. (Wanderung und Erneuerung des Soldatenbesatzes, Maßnahmen gegen Streiks),
- 4) Sicherung der Kohlenversorgung für Volk, Meer und Rüstungsindustrie. (Erhöhung der Förderung, Transportfrage, Einteilung der Kohlen auf die verschiedenen Verbrauchszweige),
- 5) Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung für Meer und Volk.

Auch aus dieser Denkschrift ergibt sich, welchen bestimmten Einfluß die Oberste Heeresleitung und insbesondere Hindenburg auf die Führung der Reichsgeschäfte während des Krieges ausgeübt hat. Hindenburg verwahrt sich zwar dagegen, daß er die Regierung der militärischen Leitung habe unterstellen wollen; in Wirklichkeit hat aber die Heeresleitung die Kriegspolitik geführt, die Reichsleitung und der Reichstag waren nur die ausführenden und geldgebenden Organe. Es zeigt sich hierbei auch wiederum, daß man Ludendorff nicht allein als den Verantwortlichen bezeichnen kann, Hindenburg ist mindestens ebenso schuldig an dem Elend, in das das deutsche Volk durch den Krieg geführt worden ist.

Wie eine Komödie mietet es dabei an, wenn der gewöhnlichste Ausmaß der deutschen Volkspar-

tei jetzt den Vorschlag macht, Hindenburg zum Reichspräsidenten zu wählen. Wenn auch dieser Vorschlag nicht ernst genommen werden wird, so zeigt er doch, wie unermüdlich die rechtsstehenden Kreise ihren Plan verfolgen, den alten Gewalten wieder zur Herrschaft zu verhelfen.

Eine Stimme in der Wüste.

Die bürgerliche Presse hat zu den neuen Verböten Kosles nicht viel zu sagen. Die Verbotsandrohung gegen die „Freiheit“ nimmt sie entweder stillschweigend hin oder sie beiderwert sich, wie es einige altdeutsche Blätter tun, das nicht gleich das Verbot erfolgt sei. Nur die „Volkzeitung“ erinnert daran, daß es wohl noch Strafgeld gibt, mit deren Hilfe die Behörden gegen solche Flugblätter vorgehen könnten, die ihnen ansöchtig erdheimen. Das Blatt schreibt dazu:

Wer zu Unruhen, Attentaten und Pogromen auffordert, macht sich strafbar, und die Behörden haben die „verdammte“ Pflicht und Schuldigkeit, gegen Leute, die sich solches zu schenken kommen lassen, einzuschreiten. Aber eine Zensur wird es nicht mehr! Der Herr Kosle hat sich noch nicht die neue deutsche Verfassung angesehen, auf die er den Eid geschworen hat! Darin steht der Lapidaratz: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Es geht einfach nicht an, daß die Minister sich über die Verfassung hinwegsetzen. Die neue Verfassung soll bestehen durch die freiwillige Anerkennung und Stützung durch das Volk. Sie ist nicht dauernd mit den 100 000 Reissigen des Herrn Kosle, die uns nach dem Frieden noch hängen zu schätzen. Nur wenn sie vom ganzen Volke durch die Anerkennung der Demokratie gesichert wird, kann sie Bestand haben. Aber die Minister dürfen unmöglich ihr Ansehen von vornherein untergraben, indem sie sich über sie hinwegsetzen. Solche Verhältnisse kann man gar nicht ernst genug nehmen!

Es geht auch nicht an, daß der General v. Bülow die „Freiheit“ im Kesselstil mit dem Verbot droht. Nach der Verfassung hat jeder Deutsche das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild im Rahmen der allgemeinen Gesetze. Wer gegen das Gesetz verstößt, macht sich strafbar, aber Zensurverbote sind nach dem Inkrafttreten der Verfassung einfach verfassungswidrig.

Weiter empfiehlt wir dem Reichswehrministerium am liebsten die Bekämpfung der neuen Verfassungsbestimmungen über den Belagerungszustand. Es kann gar keine Rede davon sein, daß der Belagerungszustand noch zu Recht besteht. Also soll man sich auch nicht mehr auf ihn berufen. Gerade weil wir die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit nicht wollen, glauben wir, daß es doppelt notwendig ist, daß die Regierung den Gesetzen dadurch Achtung verschafft, daß sie sie achtet. Die Gerechtigkeit ist in höherem Maße als Fundament der Republik, als der Königsreihe.

Das „Berliner Tageblatt“, das Hauptorgan für Demokratie, in dessen Verlag die „Volkzeitung“ erscheint, lächelt.

Auch der „Vorwärts“ lächelt. Nach dem Tode seines Redakteurs Partz an die „scharfgeschliffene Bajonette“ nimmt das allerdings nicht wunder.

Die Kohlenkatastrophe.

Bedrohende Stilllegung der Großbetriebe.

Eine Berliner Lokalcorrespondenz teilt mit: Durch die Kohlenände in den schlesischen Kohlengruben ist die Gefahr der Betriebsstilllegungen in den Berliner Großbetrieben in unmittelbare Nähe gerückt. Es ist damit zu rechnen, daß bereits in den nächsten Tagen eine Anzahl sehr großer Firmen ihre Betriebe infolge Kohlenmangels stilllegen muß. Da diese Maßnahmen von schwerwiegenden Folgen begleitet sein dürfte, finden ausgiebig Beratungen darüber statt, auf welche Weise man den drohenden Wirtschaftszusammenbruch wirksam entgegenzuarbeiten kann.

Die Firma Ludwig Löwe, die in Berlin und Wittichen mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt, hat sich gezwungen gesehen, bekannt zu geben, daß infolge des Stodens der Kohlengruben vorläufig nur noch an drei Tagen der Woche gearbeitet werden kann. Sollten die Kohlenlieferungen sich auch weiterhin noch verschlechtern, dann ist allerdings mit einer völligen Stilllegung der Werke zu rechnen. In der letzten Woche ergab die Firma ein Kaba mit Steinlohen von der Kohlenstelle Ostberlin beschlagnahmt worden, da das Gaswerk Neukölln, um weiter arbeiten zu können, der Ladung sofort bedürfte. Die Werke A. G. G. - Vertrieben ist die Lage nicht viel besser. Die Werke haben augenblicklich eine Kommission nach Oberschlesien geschickt, um verlässliche Nachrichten über die Lage in den dortigen Kohlenrevieren zu erhalten. Sollte sich die Forderung dort nicht bessern und keine Stokung im Transportwesen eintreten, heißt die A. G. G. mit den Korriden, die sie noch besitzt, über die Krise hinwegzukommen. Die Lage ist, wie uns von dort mitgeteilt wird, allerdings sehr ernst. Rehnliche Nachrichten liegen bereits ein Bericht über die Lage und die Wege um sofortige Maßnahmen überhandt worden.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, erstreckt man in der Berliner Industrie den Anschluß der Werke an das Fernnetz. Die Kraftwerke Bitterfeld-Golpa. Die dortigen Anlagen, die durch ihre nur wenige Kilometer von der Grenze des riesigen Braunkohlengruben und -felder unabhängig von der Steinkohlenversorgung sind, sollen nicht nur die schlesischen Kraftwerkswerke, deren Versorgung schon jetzt der Kohlenmangel gefährdet, sondern entlasten, sie sollen auch den vor offenen Anlagen der Industrie benötigten Strom liefern. Die Frage ist allerdings nicht ganz einfach zu lösen, da Bitterfeld, das heute enorme Energiemengen an Mitteldeutschland abgibt, durch die Versorgung der Millionenstadt mit einer Aufgabe gestellt wird, deren Lösung in der kurzen Zeit, bis zum Einbruch des Winterlaums durchführbar erscheint. Es sind allerdings schon seit Wochen Arbeiten im Gange, um neue Hochspannungsleitungen nach Bitterfeld heranzuführen und die einzelnen Berliner Kraftwerke mit dem Fernnetz zu verbinden. Der Mangel an Wasser hat die Kabel usw. hat jedoch bisher die Durchführung fast unmöglich gemacht. Gegenwärtig ist auch der Regierung die Frage vorzulegen worden, wie sie sich die Unterstützung der Arbeiter leisten könnte, falls die großen Werke nur noch an einigen Tagen arbeiten könnten. Nach den bestehenden Vorschriften ist die Unterstützung von Arbeitslosenunterstützung nicht möglich. Es müßte also hier ebenfalls schleunige Vorkehrungsmaßnahmen getroffen und durch Notgesetz gerade diese Frage geregelt werden.

Die französische Parteilpresse über die Luzerner Konferenz.

Im „Humanité“ vom 12. August veröffentlicht Daniel Renoult, der einer der Vertreter der französischen Mehrheit auf der Konferenz war, einen Artikel über die Arbeiten von Luzern.

Schön haben, so schreibt Renoult, wenn man nach der einzigen Abstimmung urteilt, die Poststunden hat, die Anschauungen der französischen Minorität gefolgt, da die von Renaudel einbrachte Resolution mehr Nationen auf sich vereinigt hat als die von Longuet, Hoffenberg und Friß Adler, doch zeigt ein eingehendes Studium der Verhandlung den Fortschritt bei den Ideen der französischen Mehrheit gegenüber der Luzerner Konferenz.

In der Frage über die neuen Statuten der Internationalen kam es zu einer Einigung, da der vom Bureau vorgelegte Entwurf, der niemand in der Konferenz so recht befiel, durch eine vom Rüstkal, einem Vertreter der französischen Mehrheit, ausgearbeitete Fassung und zwei Amendements ergänzt wurde, die ausdrücklich betonten, daß die Aktion der Internationalen eine internationale und revolutionäre sein muß.

Die Verschiedenheiten der Anschauungen zeigten sich erst bei der Frage über den Friedensvertrag, den Bund der Nationen, mit einem Wort bei der Liquidation des Krieges. Der von der Konferenz vorgelegte englische Bericht über die Territorialfragen, über die Organisation der Gesellschaft der Nationen, über die Kolonialprobleme enthielt zwar ausgezeichnete Stellen, aber es fehlte eine Erklärung, die den imperialistischen Vertrag verurteilt, alle Fehler des Vertrages der Gesellschaft der Nationen aufweist und die leitenden Ideen des Sozialismus bezeugt. Die französische Mehrheit legte der Kommission mit Unterstützung der deutschen Unabhängigen eine dahingehende Resolution vor, während Renaudel namens der französischen Minorität eine ganz abweichende Resolution einbrachte, die aber gegenüber der von der französischen Minorität auf dem Parteitag eingebrachten Resolution einen bemerkenswerten Fortschritt zeigte. Eine Verständigung konnte nicht erzielt werden, sie wurde auch nicht gewünscht, so kam es zur Abstimmung vor der Konferenz, die nicht nur als eine Abstimmung über zwei verschiedene Verhandlungen, die Abstimmung zeigte vielmehr zwei ganz verschiedene Anschauungen. Außer der französischen Mehrheit stimmten für die Resolution die deutschen Unabhängigen, Ramon Bachmann, Friß Adler, Krollma, Wären die Schweizer, die Italiener, die Serben, die Norweger und die Bolschewiki vertreten gewesen, dann wäre die Situation eine ganz andere gewesen.

Bei der Frage über die Intervention in Rußland kam es in der Kommission zu einem Zusammenstoß, da der von Renaudel vorgeschlagene Text zwar eine Verurteilung der Intervention enthielt, sich aber über die Frage der noch Rußland zu leistenden Untersuchungskommission in Wendungen an die Bolschewiken wandte, die für die französische Mehrheit unannehmbar waren. Die von der Konferenz einstimmig angenommene Resolution enthielt dann nur eine einmütige Verurteilung der Intervention und der Wochade und einen freundschaftlichen Appell hinsichtlich der Untersuchungskommission. Das war vielleicht das beste Ergebnis der Konferenz.

Was die deutschen Unabhängigen, wie Adler, so auch die französische Mehrheit überzeugt, daß es nicht nur einer brutalen Gewalt, sondern eines Beschlusses, der nur eine negative Wirkung hatte, bedarf, um die so verwinkelten Probleme, die der Krieg hervorgerufen hat, zu lösen. Was wir im engen Kreis tun konnten, haben wir mit Unterstützung der Sozialisten aller Länder in der Internationalen selbst zu vollenden.

Reichen wir, sagt Renoult zum Schluß, daß der Genfer Kongress für die Aktion des internationalen Sozialismus und in der gegen revolutionären Situation die gleiche Rolle spielte wie der große Kongress in Amsterdam im Jahre 1904.

In einem Artikel in der „Humanité“ vom 18. August veröffentlicht Pierre Renaudel die von ihm eingebrachte Resolution über die Kriegsfraße, und er glaubt, daß sich auch darüber die über das russische Problem hätte eine Einigung erzielen lassen, wenn die französische Mehrheit nicht auf die deutschen Unabhängigen gedrückt hätte. Denn über den Friedensvertrag besteht bei allen in der französischen Partei volle Übereinstimmung in der Verurteilung vieler seiner Bedingungen, aber was er und seine Freunde in Luzern wollten, das ist, daß die Internationalen nicht nur eine Politik des Kampfes treibe, sondern daß sie eine Politik der Aktion einschlage, deren Zielsetzung nicht auf den Kampf beschränkt werde, an dem die Weltrevolution nach dem gleichen Prinzipium und in derselben Art überall vollendet sei. Das habe die entsprechende Benennung eines Reformismus eingetragen.

Was die Internationalen bezeichnen wollte, war, daß sie ohne Rücksicht auf die Regierungen der Bourgeoisie aufdeckt, daß sie aber auch den Tausenden Rechnung zu tragen weiß, nicht nur, wenn sie verdammenwürdig sind, sondern auch, wenn sie im Namen der Gerechtigkeit und der von den Sozialisten verlangten Ideen liegen.

Die leitenden Gesichtspunkte der Erklärung können deshalb in folgender Weise zusammengefaßt werden:

1. Schnelle Beendigung des Krieges.
2. Aufbau der internationalen Politik auf dem Vertrauen zur Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus in der Welt.
3. Eine entschlossene Politik, um der Gesellschaft der Nationen einen Inhalt zu geben, den sie heute noch nicht hat, den sie aber bekommen wird, je mehr sozialistische Regierungen daran teilhaben und verlangen werden, daß man direkt die Stimme der Arbeiter höre.
4. Verpflichtung der Gesellschaft der Nationen, alle Quellen der neuen Ungerechtigkeiten, die durch den Friedensvertrag entstehen, zu prüfen;
5. Vermeidung der Gesellschaft der Nationen in Organ der kolonialen Schiedsgerichts zwischen allen Völkern und der allgemeinen Abstützung.
6. Diejenigen, die von der Gesellschaft der Nationen verächtlich werden, weise er darauf hin, daß sie sich ja selbst bei der Gründung über die armenische Frage an die Gesellschaft der Nationen gewandt hatten.
7. In der Verhandlung der russischen Frage dürfe die Internationalen sich nicht lediglich darauf beschränken, sich gegen die Verurteilung der Intervention zu erklären; in Rußland gebe es wichtige sozialistische Parteien, sozialistische Regierungen, die bekämpft werden. Bürgerkrieg und Krieg nach dem, der ein Feind des Menschentums für Europa heißt, daß die Internationalen die Internationalen des Nicht zur Intervention werden. Die Untersuchungskommission habe den Auftrag, dem großen Kongress alle Angaben über alle politischen und sozialisti-

chen Probleme, die mit der Befestigung des Bolschewismus in Rußland verknüpft sind, vorzulegen. Renaudel betont zum Schluß, daß er Ursache habe anzunehmen, daß die verschiedenen Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen seiner Freunde und den deutschen Unabhängigen leicht beschränkt werden könnten, um so mehr als auch unter den deutschen Unabhängigen sich einige mit ihm in voller Übereinstimmung befänden. Er schließt mit den Worten: „Und dann wird auch viel Wasser den Rhein hinunterfließen bis wir in Genf sind.“

Die Konferenz in Halle.

Und wird geschrieben:

Die Konferenz der Betriebsräte Deutschlands, die Ende voriger Woche in Halle lagte und deren Aufruf am Montag in der „Freiheit“ fand, hat auf einige beteiligte rechtssozialistische große Wirkungen ausgeübt. Der rechtssozialistische Presse ist ein Bericht über diese Konferenz zugegangen, der erkennen läßt, daß sein Verfasser nicht das notwendige Auffassungsvermögen besitzt, um einer Auseinandersetzung über neuzeitliche Fragen zu folgen. Der gute Mann hat so gut wie alles, was auf der Konferenz vor sich ging, falsch aufgefaßt, wenn man nicht von ihm annehmen will, daß er mit Absicht alles verdreht und verquirlt.

Das wesentlichste Kennzeichen dieser Konferenz war, daß alle revolutionären Gruppen und Schattierungen Vertreter entsandt hatten, und daß es doch gelungen war, die Verhandlungen der Konferenz in ruhiger Sachlichkeit, ohne die geringste Verhetzung, ja sogar ohne Schlingentriebe zu Ende zu führen. Rechtssozialisten, Unabhängige, Kommunisten und sogar Sozialisten hatten sich eingefunden, um das herauszuarbeiten, was ihnen als Vertreter revolutionärer Proletariatskräfte gemeinsam war. Die sachliche Aussprache, die zu solcher Klärung notwendig ist, bezeichnet der rechtssozialistische Querulant als ein „In-die-Quare-geraten“.

Was erlogten in die Behauptung, daß verschiedene Entwürfe vorgelesen hätten, und daß „Däumlings Nihilisten zum Ausbruch des Nihilismus von denen Koenens abwichen“. Tatsächlich lag überhaupt nur ein einziger gemeinsamer Entwurf für den wirtschaftlichen Wiederaufbau vor, dem als Anhang Richtlinien für die besonderen Aufgaben der Betriebsräte beigegeben wurden. Gegenüber dieser einfachen Tatsache wirkt die Verwirrung in dem Oberbühnen des rechtssozialistischen Berichtes erstarrt nur noch lahm, wenn es behauptet, daß Offener und Stuttgartischer Redner noch andere wesentlich verschiedene Entwürfe vorgelesen. Es wolle dem armen Tropf schmerzlich sein, einen der verschiedenen Entwürfe aber gar mehrere, die sich widersprechen, herbeizuschaffen! Das erstens ist nicht wahr, doch entgegen seinem Geschrei der eine vorgelegte Entwurf für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von allen Anwesenden nach gründlicher Aussprache über sämtliche Fragen ohne Widerspruch angenommen worden ist, und daß auch die Richtlinien für Betriebsräte als Anhang nach einer Kommissionsberatung ausdrücklich die einmütige Zustimmung aller Anwesenden fanden. Auch keiner der Rechtssozialisten erhub irgendwelche Bedenken. Das kennzeichnet zur Genüge das Geschreibsel.

Und wenn der Verleumdung an anderer Stelle behauptet, es seien zwei rechtssozialisten an die frühe Luft gefegt, so ist auch das eine Lüge. Die beiden Delegierten Boges und Weder haben aus einem gegen ihre Delegation gerichteten Einspruch völlig frei zu 1000 ihre Konventionen gezogen und sich einverstanden, wobei sie noch die Hoffnung ausdrückten, daß das Mißverständnis über ihre Person sich bald klären werde. Wären die beiden Genossen nicht aus freien Stücken gegangen, so hätte ihrer Teilnahme nichts im Wege gestanden, denn auch Boges hatte sich durch Erklärungen zum sozialistischen Mißverständnis bekannt und auf den Boden der Diktatur des Proletariats gestellt. Ueber diese rechtssozialistische „Bewirrung“ berichtet der rechtssozialistische Konfessionsrat nicht.

Ruß über die Gewerkschaftsfrage, den zweiten Punkt der Tagesordnung gab es keine Verwirrung, sondern eine erfreuliche Klärung. Der Verleumdung der Regierungensozialisten muß wissen, daß sie ausschließlich nur zur Disjunktion existiert wurde, ohne daß diese Konferenz Entscheidungen zu fällen hatte. Jeder war sich darüber klar, daß über diese Angelegenheit auf einer solchen Konferenz keine Bestimmungen erfolgen konnten. Wenn man sich dann auch über die Taktik in der Gewerkschaftsfrage noch nicht einhellig glauben festlegen zu können, so ist doch eine vorläufige Klärung darüber erzielt, was alle Gruppen des revolutionären Proletariats gemeinsam den Gewerkschaften suchen: Abweises Bestimmungsrecht der Mitglieder aus Betrieb und Beruf unter Aufsicht der Organisations-, gewerkschaftliche Anerkennung des Betriebsrats als Mittel des politischen und wirtschaftlichen Kampfes. Der rechtssozialistische Querulant, der diese Klärung und gegenseitige Annäherung nicht begriffen hat, mag sich trösten, die Arbeiterklasse wird auch über die Taktik, durch die man diese Grundfrage gegen den Willen der verräterischen Gewerkschaftsbeamten und ihre kapitalistischen Arbeitsgemeinschaftler durchsetzen kann, sehr wohl zu einer Einigung gedrängt werden.

Der angebliche „Multi-Parlamentarismus“.

Genosse W. B. und schreibt uns:

Da in den Kreisen der Arbeiterklasse, Betriebsräte sowie Funktionäre der U. S. D. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung meines in der am Montag im Lehrvereinshaus stattgefundenen Konferenz angenommenen Leitendes bestehen, sehe ich mich veranlaßt, diesen im Wortlaut wiederzugeben. Er lautet:

„In Anbetracht der großen bevorstehenden Kämpfe und der hiermit verbundenen Volksaufklärung werden sämtliche in Frage kommende Parteilagen aus den Parlamenten ausgesondert, ihre Tätigkeit nicht in den Parlamenten, sondern in den Dienst der allgemeinen Volksaufklärung zu stellen.“

Ich bin der Auffassung, daß durch diese Formulierung und genaue Präzisierung des Wortes keine Zweifel über die Auslegung desselben mehr bestehen können und weise darum die böswilligen Entstellungen des „Vorwärts“, als handle es sich um einen Ausritt der U. S. D.-Vertreter aus den Parlamenten, entschieden zurück.

Wes des Leitendes war also einzig und allein, die für die bevorstehenden gewaltigen Kämpfe so überaus notwendige allgemeine Volksaufklärung durch die darin in Frage kommenden Parteilagen selbst in die Wege zu leiten ohne Rücksicht auf parlamentarische Arbeiten.

Hiermit würde also durchaus keine „Multi-Parlamentarismus“ aus der Hand gegeben, sondern den berechtigten Wünschen der

nach Aufklärung dürftenden Volksgenossen in den Provinzen Meinung getragen, zum Nutzen der werktätigen Bevölkerung und zum Schaden der schleichendsozialistischen Konterrevolutionäre.

Reichsverbandsmanieren.

Neben den übrigen geistigen Waffen — Belagerungsgeschütz, Zeitungsverbote, Schußhaft usw. — scheint die rechtssozialistische Presse durch alle Mittel des persönlichen Kampfes gegen einzelne Unabhängige ihre toanbenden Reihen führen zu wollen. Wir haben keine Lust, uns auf dieses Niveau zu begeben. Wir möchten aber dem „Vorwärts“ und seinen Hintermännern raten, in diesen Dingen etwas mehr Zurückhaltung zu üben. Sollte ihm das aber unmöglich sein, so kann er für seinen Eifer in seinen Nähe genug Arbeit finden. Wir denken, der „Vorwärts“ wird wissen, worum es sich handelt, sonst könnte er sich ja z. B. bei der Rennerkommission einige Informationen holen.

Die Schutthaffshande.

Zu unserer gestrigen Meldung über die gegen verschiedene Mitglieder des Volksgenossen erlassenen Schutthaffsbefehle tragen wir ergänzend nach, daß auch gegen den Genossen B. Wegmann ein solcher Befehl erlassen ist. Berichtigend fügen wir hinzu, daß die Liste der Personen, gegen die im Juni Schutthaffsbefehle erlassen wurden, nicht von der dritten, sondern von den drei Nachrichtenabteilungen der Preussischen Staatsregierung aufgestellt worden ist.

Die Debatte über den Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Paris, 27. August. (Tabak.)

Die Kammer begann gestern die Debatte über den Friedensvertrag. Oberst Albert erklärte, es sei bedauerlich, daß der Vertrag so viele Klagen aufweise, aber er gebe doch Genugtuung für Frankreich und stelle Polen wieder vor Frankreich hüte ihn gutheissen. Es finde in ihm die hohen und edlen Ueberlieferungen seiner Geschichte wiedergegibt. Die durch den Völkerbund gegebenen Garantien bezogweise der Nation als ungenügend. Zum französisch-englisch-amerikanischen Sonderabkommen bemerkt er, daß dieses dem Angelpunkt des künftigen Friedens bedente. Es müßte aber ergänzt werden durch ein französisch-italienisch-belgische Allianz, damit sich Deutschland nicht mehr des großen Operationsbasi bedienen könne, um seine rüberischen Pläne umzusetzen. Deshalb müßte diese von Gruppen des Völkerbundes besetzt werden. Damit wäre der Weltfrieden gesichert. — Fourmier behauptete, daß der Friedensvertrag ein einziges Deutschland anerkennt, das vor dem Krieg alle Völkler hinter das Bild geführt habe. Er verlangte die Einsetzung eines internationalen Parlamentes, das die Einigkeit unter allen Nationen festsetzen könnte. Die Fortsetzung der Debatte findet heute statt.

Wilson über den Friedensvertrag.

Ausseeboom, 27. August.

Das Preßbüro Radio meldet aus Washington, daß Wilson der New York Times zufolge in einer Unterredung mit Senator Swanson, über die seine Einzelheiten veröffentlicht worden sind, die Gesamtlage in bezug auf den Friedensvertrag, wie sie durch das Vorgehen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten geschaffen worden ist, besprochen und erklärt hat, wenn die vom Senatsausschuss vorgenommenen Änderungen des Friedensvertrages auch vom Senat anzufrucht erhalten werde, so stehe der gesamte Friedensvertrag, soweit die Vereinigten Staaten beteiligt seien, in Gefahr. Wilson soll auch die Senatoren aufgefordert haben, ihre Kräfte zu vereinen, um bei der Abstimmung im Senat die Ablehnung des Abänderungsantrages Lodge zu erreichen. Der Präsident äußerte, er sei überzeugt, Großbritannien und Frankreich würden wegen ihres früheren Abkommens mit Japan, durch das sie sich verpflichtet haben, die Ansprüche der japanischen Regierung auf das Vorkrecht in Schantung zu unterstützen, keinerlei Änderungen zustimmen. Wenn der Senat den Beschluß des Senatsausschusses bekräftigte, würden die Vereinigten Staaten genötigt sein, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Annahme von Abänderungsanträgen.

Washington, 26. August. (Morgen.)

Der Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat mit 9 gegen 7 Stimmen einen Verbesserungsantrag zum Friedensvertrag angenommen, nach dem die Vereinigten Staaten sich an der internationalen Kommission zur Festlegung der Grenze zwischen Belgien und Deutschland nicht beteiligen sollen. Der Ausschuss hat bei der Abstimmung entsprechend der Haltung der in ihm vertretenen Parteien geurteilt. Der Ausschuss hat ferner eine Reihe von Verbesserungsanträgen angenommen, durch die die Vereinigten Staaten von der Vertretung in anderen Kommissionen ausgeschlossen werden, da andersfalls zahlreiche Veränderungen im Friedensvertrag notwendig werden würden. Der Ausschuss für Wiedergutmachung wurde indes hiervon ausgeschlossen.

Die Internationalen der Metallarbeiter erneuert.

Frankfurt, 27. August.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: In einer Sitzung des Zentralvorstandes des internationalen Metall- und Eisenarbeiterverbandes mit den Delegierten der Metallarbeiterverbände von Belgien, Österreich und Deutschland wurde beschlossen, die Internationalen der Metallarbeiterverbände wieder zu erneuern. Ein internationaler Kongress wurde auf den zweiten Sonntag des Monats Februar 1920 in Bern festgesetzt. Der internationalen Metall- und Eisenarbeiterverband erklärt den Kampf für die Einbeziehung und Durchführung des Kongresses Wege zu tragen.

Ein Teil der Wahlenkommission in Wien.

Wien, 27. August.

Nach einer Meldung des Wiener Deleg.-Bor. Durand ist heute früh ein neuer Transport der Wahlenkommission von 1500 Mann hier eingetroffen.

Zur Feststellung der Ursachen der Unruhen in Regensburg wurde eine Kommission entsandt, deren Chef Paul Linder ist.

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne. Theater am Dönhofsplatz.
 7 1/2 Uhr: „Der Kahlköpfe“.

Deutsches Theater
 Bis einsch. Sonntag, den 31. August 9 Uhr:
 Letzte Aufführung
 Max Pallenberg in
 „Auch ich war ein Jüngling...“
 (Schwanke)
 Sonntag, den 31. nachm. 3 Uhr
 Familie Schlock mit Max
 Pallenberg
 Montag, den 1. September
 Beginn der Winterzeit
 7 Uhr: Faust I.

Kammerpiele
 Bis einsch. Sonntag, den 31. August 8 Uhr:
 Letzte Aufführung
 Leopoldine Konstantin in:
 „Das Weib und der
 Hampelmann“.
 Sonntag, den 31. August,
 nachm. 3 Uhr des Vorstellungs.
 Montag, den 1. September
 Beginn der Winterzeit
 7 1/2 Uhr:
 Frühlings Erwachen.

Rönngräber Straße
 8 Uhr: Musik
 Freitag: Kameraden
 Sonnabend: Kameraden
Romödienhaus
 an der Marschallbrücke.
 Quasiel Lucie Höllich
 8 Uhr: 4. Teil von der Platz.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack
 Sonntag 3 Uhr: Die tolle
 (Wilde Körner)

Trianon-Theater.
 81 Friedrichstraße, Nr. 1021, 1201,
 8 Uhr: Zum 246. Male:
Der gute Ruf
 von Hermann Sudermann.
 Sonntag 4 Uhr:
 Johannistag.

Residenz-Theater.
 Untergrund, Klosterstraße.
 Ausgang: Straßener Straße.
 Täglich 8 Uhr:
 Zum 218. Male:
Das höhere Leben.
 Schauspiel von Sudermann.
 Regie: Alfred Rotter.

Lessing-Theater
 Montag, den 1. September 1919
 Beginn der Winterzeit
 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theat.
 Montag, den 1. September 1919
 Beginn der Winterzeit
 7 1/2 Uhr: Der Mann an Wasser.

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr: Sommernacht.
 Gartenspiele.
 8 1/2 Uhr: Das steht sich jeder an.
Walhalla-Theater
 Täglich: 7 1/2 Uhr:
 O schöne Zeit, o seltsame Zeit!
 Gartenspiele:
 Theater, Spezialvorstellung.

National-Theater
 8 Uhr: Mörderhader!
 8 1/2 Uhr:
Familie Mannemann
Berliner Prater
 Kastanien-Allee 7-9
 7 1/2 Uhr: Nephthys Bummlerfahrt
 Erstausspiel Varieté.
 In der Tanz-
 diele täglich Ball.
 Anfang 4 Uhr.
 Friedrich-Wilhelms-Theater
 nur noch 4 Tage
 7 1/2 Uhr: Der heilige Florian

Casino-Theater
 Scharfstr. 27, Tagl. 7 1/2 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
 Volksstück in 3 Akten.
 Vorher: „Schwarzwaldbühne“
 Operette mit Viktor Litvak
 von der Komischen Oper.
 Dazu erstklassige Spezialitäten.
 Sonntag 4 Uhr: Mähdreher.

Wintergarten
 täglich 7 1/2 Uhr
 Varietévorstellung
 Paachen gestattet.
BLUMENGARTEN
 Oberschönewald, Oberspre
 Heide, Donnerstag, zum Besten d. in d. Bundes
 der Kriegsgeschädigten u. Hinterbliebenen
Riesen-Feuerwerk
 Drei Kapellen. Eintritt 50 Pfennig.

Fortuna
 Lichtspiele + Mülterstr. 12 c
 Erstaufführung für Wedding!
 „Heute letzter Tag“
Die Sünderin
 Tragödie einer Verstorbenen
 Mitwirkende 1000 Personen
 Täglich 5 und 8 Uhr

Theater a. Köpenick, Tor
 Allabendlich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
 Einem Mittel der
 Berliner Sänger
 künste. Spielplan
 Sommerpreise!
 Blüthen-Konzert.
 Nennst du das Land, wo
 die Eichen stehen?
 Hast du den kleinen Spreewald
 schon gesehen?
 Der schönste Ausflugsort
 im Umkreis
 ist
Wannsee Waldschloß
 in Schönau.
 Tel.: Friedrichshagen 65.
 Jeden Sonntag Tonj.

Circus
 Hpt. Busch Hpt. Börs.
 Gebäude.
 8 Uhr: Das 8 Uhr-
 Riesen-Spektakel
Programm
 10 aus 100000
 Amuseur de laudation
 Walter u. Corio
 Ferner:
 Inge-Syborg-Trio
 Balanco-Kinastler
 Blise Arbra
 Kolorationist
 Die beiden Heros
 Neuer Luftakt
 Gladiator Harlott
 in seinen wagnarigen
 Produktionen
 Aline Hadges u.
 Joe Biller
 Moderne Tänze,
 hoh. Palais de Danse
 Douglas u. Paul
 Schöner-Urwick
 3 Horberta
 Drahtseilkünstler
 Preis 1 bis 10 1/2

Vergnügungs-Palast
Groß-Berlin
 Hasenheide 13/15

Ringer-Wetstreit
 Vorher das
Spezialitäten-Programm

Donnerstag ringen:
 Naher gegen Schoppe
 bei Katschall
 Kauer
 Richter gegen Gehhard
 der Antke Berlin
 Knüttel
 Laib gegen Mohrman
 gen. Siegfried II. Berlin
 Budrus gegen Korost
 Ostpreußen
 Weltmeister
 Günther gegen Mokay
 Fremdenlegionär Polen
 — Alle Griffe erlaubt. —
 Beginn des Konzerts 4 Uhr,
 der Vorstellung 6 Uhr, der
 Ringkämpfe 9 Uhr. Sonntags
 1 Stunde früher.
 Dienstag, Donnerstag und
 Sonntag
Grosser Ball.
 Bei Regenwetter Schutz
 für 2000 Personen.

Auto-Rennen

Fortuna
 Lichtspiele + Mülterstr. 12 c
 Erstaufführung für Wedding!
 „Heute letzter Tag“
Die Sünderin
 Tragödie einer Verstorbenen
 Mitwirkende 1000 Personen
 Täglich 5 und 8 Uhr

Ballschmieders Varieté-Garten
 Bodestraße 16
 Hpt. Gerh. Damman
Weissenseer Sommer-Theater
 Prenzlauer Promenade 6-8
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester
 Eröffnung der Gärten: Wochentags 2 1/2 Uhr
 Sonntags 2 1/2 Uhr
 Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr
 Sonntags 5 Uhr
 Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr
 Sonntags 6 Uhr
 Über Vermietung der Gärten an Vereine wende
 man sich an die Direktion.

Theater Am Moritzplatz
 früher U. T.
Eröffnung nach Renovation
Heute abend 8 Uhr:
 2 Uraufführungen
„Blondes Gift“
 Drama in 6 Akten mit
Hedda Vernon
 Paul Hartmann / Ernst Deutsch
 Hedda Vernon persönlich anwesend
 Ferner
3000 Mark Belohnung
 Lustspiel in 3 Akten

Lichtenberg!
 Freitag, d. 29. Aug. 1919, abends 7 Uhr
Öffentliche Versammlung.
 Café Bellevue, Hauptstraße 2.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Volkskommissariats
 2. Freie Aussprache.
 Pflicht der gesamten werktätigen Bevölkerung
 Lichtenbergs ist es, zu erscheinen.

Der kommunale Arbeiterrat
 i. N. des Volkskommissariats
 Elias, Richter, Wah.

Verein der Berliner Buch- u. Schriftsteller
 Montag, d. 1. Septbr., abends präzis 6 Uhr,
 im „Deutschen Hof“ Vorkauer Str. 15

General-Versammlung
 Tagesordnung:
 Die Beschlüsse der Faktionsschlichtung.
 Rüge der Delegierten sind die Vertrauens-
 leute und Druckverleumdungen einzuhalten.
 Der Vorstand.

Verband der Galfer und Porteuillier.
 Colibri-Verband Berlin.

Am Freitag, den 29. August 1919, abends 7 Uhr:
Außerordentliche
Generalversammlung
 in Saal des Reichs, Weberstraße 17.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht.
 2. Et Budget für den 3. August 1919 festzustellen
 3. Beschlüsse.
 Eine Mitgliederversammlung über die Angelegenheiten des Reichs, Saal des Reichs, Weberstraße 17.

Spezial-Arzt für Haut-, Haar- und Frauen-
 Leiden, Salvarsan-Kuren, Uteri-
 und Blasenleiden, Damen- und Herren-Abteilung.
Erste und Beste Heil-Anstalt Löser
 Dir.: Löser senior. Sozial-Arzt
 Dr. Kottlitz
 14, 4. Linde, 10-1.
 Rosenthaler Str. 69-70, 14, 4. Linde, 10-1.

Nicht in 6-8 Wochen
 sondern in 3-5 Tagen werden alle Milch-,
 Zylinder-, Stoff-, Leder-, Lack-, Seide etc.
 in jeder Farbe leicht- und farbecht gefärbt.
 Transparenz binnen 24 Stunden.
 Schnellverfahren, chem. Reinigung, Kunststoffe
 (Tel.: Amt Nord-West. (Hansa 1075)
 (Gatz & Siegel)
 Fabrik, Contor u. Hauptgeschäft: Solzkowskystr. 13
 Annahmestellen werden auch verzeihen.

Möbel- und Polsterwaren
 In großer Auswahl zu sehr billigen Preisen empfiehlt über seinen
 Katalog die Fa. Otto Schmidt, Berlin, Gartenstraße 52.

Zahngebisse bis 300 Mk.
 Zahn von 100 bis 10 Mk. Platin, Gold, Silber.
 Münzen kauft Franz Knuth, Zionskirchstr. 54.

Metallkauf
 Kupfer, Messing, Zinn usw.
 Gold, Silber, Platin, Metall-
 schrottschwamm, Waldemarstr. 74.
Elektromotoren
 Gleichstrom u. Drehstrom
 kauft
 Ingenieurbüro Schlichting
 Berlin W 9, Linkstr. 10,
 Tel.: Lützow 3905 und 6518

Neuerscheinungen
 der Verlagsgenossenschaft
 „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten
 von Heinr. Ströbel

Die Münchener Tragödie
 Entstehung, Verlauf und Lehren
 der Räterepublik München
 Preis 1.25 Mark.

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen
 von Dr. Kurt Kerkow-Löwenstein
 Preis 3.- Mark.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag der U.S.P.D.
 vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin.
 Preis 5 Mark.

Haases Anklagerede
 in der Nationalversammlung in
 Weimar am 26. Juli 1919
 Preis 0.50 Mark.

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution
 Beobachtungen u. Betrachtungen
 eines ehemaligen Feldsoldaten
 Preis 0.60 Mark.

Der moralische Zusammenbruch der S.P.D.
 Preis 0.50 Mark.

Abteilung Buchhandel
 Berlin NW 6, Schiffbauerdamm Nr. 19

Photo-Platten
 aus Heeresbeständen
 Hepia-Platten IV 9x12, das Dutzend . . M. 6.45 (letz. Listenpr. M. 9.00)
 IV 13x18, 10.55 (. 16.10)
 II 13x18, 8.50 (. 14.65)
 Arfa-Chromo-Isolar-Platten 9x12, 4 Dutz. 6.00 (. 12.25)
 10x15, 9.05 (. 17.90)
 13x18, 11.20 (. 20.80)
 extra Rapid-Platten 10x15, 7.30 (. 13.75)
 Die Hepia-Platte IV ist eine orthochromatische Platte mit Blaupfropfung
 in der Schicht Fabrikat Haut-Pravin oder Schleusener-Veridin.
 Die Hepia-Platte II ist eine hochempfindliche Platte für alle Durch-
 schweißarbeiten.
 Die Platten sind gut und brauchbar.
 An- und Verkauf von neuen und gebrauchten Photoapparaten.
Walter Talbot, Berlin SW 19,
Jerusalemstr. 42, am Dönhofsplatz, Ecke Krausenstraße.
 Filiale: Tauentzienstr. 1, am Wittenbergplatz.

Kau-Tabak
 garantiert rein, hat wieder
 laufend abzugeben

Tschapke,
 Berlin O 117,
 Simon-Dach-Strasse 39,
 Alex. 152.

Küchere, sämtliche Möbel
 außerordentlich hochabstufend.
 Einzeln, Kommando-
 straße 47, Moritzplatz 6305.

19

Möbel

Sonder-Angebot!

Schlafzimmer
 Schrank, Steig mit
 Spiegel, komplett M.
 1725

Küchen
 in allen Farben
 7-teilig M. 375

Wohnzimmer
 150cm x 120cm
 lackiert M. 875 an

Kofas
 prima Stoffver-
 arbeitete M. 375

Einzelmöbel
 wie Kleiderschränke, Vertikos,
 Betten, Spiegel usw.
 äußerst preiswert

Kluge,
 Charlottenburg,
 Wilmersdorfer Str. 19.
 Auf Wunsch
 Zahlungsvorschlagung.

Hämorrhoiden
 20000 Erfolge mit
BOKASAL Topf 8M
SAMARITER APOTHEKE
 BERLIN, 36 SW68

Möbel
 neue und verloben
 gewasene
 Kleiderschränke, Verti-
 kos 65.00, 85.00, 125.00,
 neue zusammen 300.00
 Bettstellen m. Maträtzen
 65.00, 85.00, Muschel-
 regel Betten, 20 a.
 Chaiselongue, Spiegel,
 Kommode,
 Gr. Ausw. sind in eleganten
 neuen Möbeln.
 Kompl. Küche 175 Mk.
 Versand nach außerh.

Seelig,
 Elsenstr. 17 18.

Zigaretten
 ausrein, Tabak, 1 1/2 Packung
 3 M. 10, 15, 20, hat abzugeben
 Zigaretten-Fabrik „Pierdori“, Bernh.
 Winkler, Berlin N 37, Schön-
 hauser Allee 8, II. Hof, IV Tr.

KUPFERDRÄHTE,
 Kabel, Lit. od.
 Wachs- und Dyeandrad,
Metall
 Jeder Art, auch Almetall,
 für Auslandsbedarf,
 kauft zu Grossabpreisen
 Kabelvertriebsges.
 Anst.: Platzberg 459,
 Joachim-Friedrich-Str. 24.

Elektr. remonieren kationen
 gebrauchte, auch defekte
 jeder Art
„Mody“
 Schöneberg, Vorbergstr. 3
 Auf Stephan 414, Reparatur-
 werkstatt, Ankerwinkel.

100

Schlafzimmer
 So rank, dreiteilig mit
 Spiegel, komplett mit
 drahtteilig, Aufgehängten
 um allem Zubehör von
M. 1725,- so

Stolzmann,
 Belle-Alliance Str. 100
 Auf Wunsch
 Zahlungsriehtung.

100

Für alte Gebisse,
 auch Teile zahle nur augen-
 blicklich extra hohe Preise
 pro Zahn bis Mk. 10.-
 Altes Gold
 und Silber sowie Platin kauft
 jetzt z. höchst Zahlungskurs.
Emil Teichner,
 Chem. Laboratorien, Zweig-
 stelle Berlin, Belle-Alliance-
 platz 6a (Bitte genau auf
 die Hausnummer zu achten).
 Postsendungen werden sofort
 beglichen.

Ankleideschrank
 Waschkommode, Buffet, Piano
 acht Blick, Zionskirchplatz 1
Spiralbohrer,
 Kauts teufel jeden Posten.
 Händler: besondere Preise
 -chri. Angebote mit Preis an
 Pennecker, Neus Kohn-
 strasse 38, Fersenpr. Alex. 5305.
Achtung!
 Der Dichter
Willy Moll
 wird hierdurch
 sich in der
 henden. Der
 B. M. A. G.

6. Wahlkreis
9. Abteilung
 Bezirk 889

Am Sonntag, den 24. August
 1919, abends 7 Uhr, werden
 die Wahlen für den
 Wahlkreis 6, 9. Abteilung,
 Bezirk 889, im
 Saal des Reichs, Weberstraße 17,
 abgehalten.
 Die Wahlberechtigten sind
 ersucht, zu erscheinen.
Robert Pabst
 Ruppiner Straße 10
 Ebre selbstem
 Die Besetzung
 am Donnerstag, den 22. August
 1919, abends 7 Uhr, im
 Saal des Reichs, Weberstraße 17,
 von der Leibes-
 der Friedländer
 in Niederschönhausen,
 Nordend aus 8. 11.
 Um rege Beschäftigung
 ersucht
 Der Vorstand

Hans Rieckhoff
 im 36. Lebensjahr,
 Die hierdurch
 am Sonntag, den 24. August
 1919, abends 7 Uhr, im
 Saal des Reichs, Weberstraße 17,
 von der Leibes-
 der Friedländer
 in Niederschönhausen,
 Nordend aus 8. 11.
 Um rege Beschäftigung
 ersucht
 Der Vorstand

Verein der Frei-
f. Feuerbestattung
 Sitz Berlin, Ober-
 Oeschkestraße
 Berlin S.W. 66, Oeschke-
 straße 83/4, 1 Tr.

Am 28. August
 starb unser Mitglied
Paul Rothbart
 Mariendorfer
 Straße 2.
 Ehe seinen Anwesen-
 die Finckh
 Die Einbestattung
 nachm. 4 Uhr im
 totum Trenn-
 schlesienweg
 Der Vorstand

Achtung!
 Der Dichter
Willy Moll
 wird hierdurch
 sich in der
 henden. Der
 B. M. A. G.

Klagen würde. Die Arbeitgeber konnten mit Recht darüber klagen, dass trotz der geringen Leistungsfähigkeit der Eisenbahn diese immer noch der Wirtschaftsförderung macht. Statt die Binnenverkehrsleistung in möglichst weitem Umfang zu den Massengütertransporten heranzuziehen, müssen große Mengen Schiffsraum stillliegen, weil die staatlichen Schiffsverkehrsabteilungen und die sonstigen zur Regelung der Transportfrage vorhandenen Stellen es nicht verstehen, die richtigen Dispositionen zu treffen. Durch den Abschluss des neuen Tarifvertrages, der bis 31. März 1920 läuft, sind die Arbeitsverhältnisse der Schiffmannschaften auch über den kommenden Winter hinaus geregelt, der für diese Mannschaften in früherer Zeit immer niedrigere Löhne brachte, als im Sommer gezahlt wurden.

Der im landwirtschaftlichen Fahrwasser segelnde Binnenverkehr wurde bei der Bewegung ungeschädigt, da er seine Gewähr bieten konnte, daß seine Mitglieder, die ohnehin nur einen geringen Prozentsatz der Beschäftigten darstellen, die Vertragsbedingungen einhalten würden.

Die Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes aus der Metall- und Elektroindustrie für Annahme des Schiedspruchs.

Am Dienstag fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Funktionärskonferenz statt, die sich mit dem Schiedspruch in der Metallindustrie beschäftigte. Lange erloschene Bericht von den Verhandlungen. Er wies darauf hin, daß ja durch den Schiedspruch die Forderungen der Arbeitnehmer in keiner Weise erreicht seien, jedoch das Schiedsgericht erst bei der Einlassung in Erscheinung treten dürfte. Deshalb ist es notwendig, dem Schiedsgericht zuzustimmen und launfertig die Arbeiten der paritätischen Kommission abzuwarten; erst dann kann festgestellt werden, ob ein befriedigendes Ergebnis zu verzeichnen ist. In der Diskussion wurde der Schiedspruch scharf kritisiert, besonders die Schaffung der fünften Gruppe, welche Löhne für Männer von 2,20 M. mit Zulagen von nur decimal 5 Pfennig vorsieht. Auch die Löhne für Arbeiterinnen und Jugendliche seien keineswegs zeitgemäß. Nach einem Schlusswort des Bevollmächtigten Reimann wurde der Schiedspruch gegen einige Stimmenthaltungen angenommen.

Ausbeutung Jugendlicher.

Die Grundbesitzer-Anstalt von Erich Probst, Barnimstr. 2, bezahlt an Jugendliche von 14, 15 und 16 Jahren Stundenlöhne von 50-65 Pf. Die jungen Arbeiter werden auch oft zu Überstunden gezwungen trotz des gesetzlichen 8-Stunden-Arbeitstages. Erst nach wiederholten Anzeigen bei der Gewerbeinspektion und bei dem Demobilisierungsamte wurden diese Überstunden eingestellt. Der Arbeitgeber ging aber drauflos aus. Die Zeit, die die Jugendlichen zum Besuche der Schule benutzen, wird ihnen von dem sauren verdienten Wochenlohn abgezogen. Diese Zustände haben die Jugendlichen veranlaßt, im Verein mit den übrigen Arbeitern des Betriebes zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Streik zu treten.

Die erste Bezirkskonferenz der Friseurgehilfen im Bezirk Brandenburg fand am Montag im Gewerkschaftshaus Berlin statt. Besonders hervorzuheben ist, daß Groß-Berlin infolge seiner Mitgliederzahl einen selbständigen Bezirk bilden soll; ebenso soll dann für die Provinz Brandenburg der Zentralverband einen Kollegen freistellen. Nach einem Referat über Tarifverträge, berichteten die Delegierten der einzelnen Zweigvereine. Es ist in fast allen Städten möglich gewesen, Tarife abzuschließen, die die vorherrschenden Verhältnisse berücksichtigen. Allerdings sind in der Provinz bis vor kurzem noch Wochenlöhne von 6 bis 8 M. bei freier Kost gezahlt worden! Die Verträge sollen in Zukunft an Hand eines Musterarbeitsvertrages — dem nach Verhandlungsabschluss der Verbandsvorstand nun bald herausgeben möchte — besser ausgearbeitet werden, um gesetzliche Sanktion zu erhalten. Man will weiter zur Erfüllung von Bundes- und Reichstaxen kommen. Beschäftigungsfragen Urlaub und Sonntagruhestimmungen sollen ebenfalls erhaltend sein. Das Agitationswesen soll neu fundamementiert werden, womit dann die formelle Konferenz ihren Abschluss fand.

Groß-Berlin.

Arbeiterräte, Betriebsräte.

Vom heutigen Tage, Donnerstag, den 28. August 1919, befinden sich die Büroräume des Vollzugsrates in den Sophienkassen, Sophienstraße 18. Telefon: Amt Norden 9296.

Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Rückgang der städtischen Volksspeisung.

Der Rückgang der Teilnehmer an der städtischen Volksspeisung hält an. In den letzten 3 Monaten ist die Zahl um nahezu die Hälfte gesunken; sie ist auf 13.000 Teilnehmer zurückgegangen. Die Gründe liegen auf der Hand, es wird wieder im Hause gekocht. Der Beirat der städtischen Volksspeisung mußte sich deshalb erneut mit der Frage beschäftigen, in welchem Umfang die Speisung aufrechterhalten werden soll; zumal die Kosten ganz gewaltig sind. Infolge der gesteigerten Unkosten für Löhne, Fuhrwerk, Gas und Materialkosten betragen die Selbstkosten für eine Portion im April 0,79 M., im Mai 1,02 M., im Juni 1,55 M. und im Juli 1,71 M. Die Stadt gab im Juli pro Portion 1,21 M. zu. Durch Schließung einiger Küchen und Ausgabestellen von Mitte Juli ab sind die Verwaltungskosten etwas gefallen. Man wollte früher nicht zuviel Küchen und Ausgabestellen schließen, um nicht zu viel Personal entlassen zu müssen und die Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Heute gibt es Ausgabestellen, die 39, 40, 50, 60 Liter pro Tag ausgeben. Das läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten. Aus diesen Gründen sieht sich die Verwaltung gezwungen, weitere Küchen und Ausgabestellen zu schließen. Es sollen nur bestehen bleiben die Küchen in der Tresowstraße und die mit der Fleischverteilung verbundene Küche am Viehhof. Jede dieser Küchen allein ist imstande, allen Anforderungen Rechnung zu tragen. Von den Ausgabestellen werden etwa 11 geschlossen werden. Die außerordentlichen Kosten für die Lebensmittel haben ergeben, daß im Juli die Selbstkosten ohne Personal und Verwaltung pro Portion 87,4 Pf. betragen haben. In Rücksicht hierauf soll eine Heraushebung des Preises erfolgen. Bemerkenswert war die Feststellung, daß der größte Rückgang der Beteiligung in den von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadtteilen eingetreten ist, während in der weiteren Stadt die Beteiligung weniger gesunken ist, obwohl dort das Essen vornehmlich abgeholt wird.

Die Schulspeisung ist ebenfalls erheblich zurückgegangen, und zwar von 23.000 vor 2 Jahren auf 1680, obwohl die Schulspeisung unentgeltlich gegeben wird. Wenn in Rücksicht auf die Verdrängung vieler Kinder und der Ferien die Beteiligung besonders minimal war und wieder etwas steigen dürfte, so ist dieser Rückgang enorm.

Die Knappheit des Fleisches läßt auf den Weg der Volksspeisung einen besonderen Einfluß aus, weil das Publikum die Fleischarten für andere Zwecke gern behält.

Die „Spartakistenbude“.

Ueber die bei dem Genossen Kleinschmidt vorgenommene Hausdurchsuchung wird uns noch mitgeteilt, daß die beiden Kriminalbeamten, die die Hausdurchsuchung vornahmen, auch den Auftrag hatten, den Genossen Kleinschmidt zu verhaften. In der Wohnung überließen die Hausdurchsuchenden alles durch. Beiden wurden ausgewählt und die Wohnung umgedreht und als Spartakistenbude bezeichnet. Bei den Auseinandersetzungen zwischen der Frau Kleinschmidt und den Beamten erklärten die Letzteren, wenn Kleinschmidt in die Wohnung käme oder sonst gefaßt würde, würde er auf den Mülleisten gestellt und erschossen. Das kleine Kind, welches das mit anhörte fing laut zu weinen an. Darauf zogen die Besucher ohne Ergebnis ab. Wir haben es herzlich weit gebracht.

Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Die Verordnungen vom 9. 1. 19 und 1. 2. 19 über Beschäftigung Schwerbeschädigter (Reichsgesetzblatt Seite 28 und 182) sind von einem großen Teil der Groß-Berliner Arbeitgeber trotz wiederholter Bekanntmachungen unberücksichtigt geblieben. Nach diesen Verordnungen sind alle öffentlichen und privaten Betriebe verpflichtet, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Private Arbeitgeber, die sich der Verpflichtung in schuldhafter Weise entziehen, können für jeden einzelnen Fall mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Mark bestraft werden.

Der Magistrat von Berlin ersucht um strengste Beachtung der Verfügungen, da Verstöße gegen diese von nun ab unannehmlich zur Anzeige gebracht werden müssen.

Anmeldeformulare sind bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Berlin C. 2, Poststraße 5, erhältlich.

Achtung! Lazarettinsassen!

Da uns am 23. d. M. gelegentlich der Besetzung und Verlegung der Räume des Vollzugsrats unsere gesamten Aiten usw. beschnitten und bis zur Stunde noch nicht freigegeben sind, müssen sich die Kameraden, welche auf Erledigung ihrer Anträge resp. Beschwerden warten, noch damit gedulden.

Teufelchen teilen wir den Kameraden, welche Broschüren der Reichskommission betriebs der Verhandlungen mit der Regierung sowie Protokolle des 2. Kongresses der Lazarettinsassen zu Frankfurt a. M. bestellt haben, mit, daß diese ebenfalls beschnitten sind.

Unser Bureau befindet sich von jetzt ab Brückenstr. 6a II. Zuschriften an den Vorsitzenden des Zentralausschusses der Lazarettinsassen Deutschlands Fr. H. Haupt sind ebenfalls dorthin zu richten, und werden die Delegierten der einzelnen Armeekorps gebeten, das betreffende A. R. davon in Kenntnis zu setzen.

Lazarettkommission Groß-Berlin.
Hundertmarkt, Haupt.

Die Wohnungsnot.

Angeichts der großen Wohnungsnot in Berlin taucht die Frage auf, wann die Militärbehörden die jetzt noch von ihnen besetzten Privathäuser zu räumen gedenken? Das Kriegsministerium, das während der Kriegsjahre eine ungeheure Vergrößerung erfahren hat, besitzt zahlreiche Gebäude, deren Benutzung jetzt nach Friedensschluss kaum noch notwendig erscheint. So besitzt das Kriegsministerium noch über folgende Häuser: 4 in der Prinz-Albrecht-Strasse, 2 in der Schützenstrasse, 2 in der Dudenstrasse, 2 in der Leipziger Strasse und je eins in der Zimmerstrasse, Bellevuestrasse, Potsdamer und Augustburger Strasse. Ferner sind die in der Ledemannstrasse gelegenen Häuser des Kriegsministeriums und der Kriegsmüllerei-Gesellschaft sowie der Kriegsmüllerei-Gesellschaft noch nicht geräumt. Es handelt sich hier um 12 große, moderne Häuser, die zusammen etwa 500 Zimmerlichkeiten aufweisen und in denen sich zahlreiche Familien unterbringen ließen. Vernehmlich ist es ferner, daß die in der Königgräber Strasse, Ecke Hallesches Ufer, gelegenen drei großen Häuser, die bis vor einigen Monaten von der Versuchsanstalt für Luftfahrwesen und Ferntelegraphie benutzt wurden und seitdem leer stehen, noch immer nicht für Vermietung freigegeben werden. Auch das Haus Moonstraße 13, ein sehr großes Gebäude, das während des Krieges vom Großen Generalstab gemietet wurde, ist noch nicht frei. Da jetzt nach Abwicklung der laufenden Geschäfte kaum mehr eine Notwendigkeit vorliegt, diese genannten 30 Häuser der Berliner Bevölkerung zu überlassen, wird das Wohnungsamt der Stadt Berlin hoffentlich alle Maßnahmen ergreifen, um die sofortige Räumung der Gebäude zu erzielen.

Der 20 Millionen-Schmuggel.

Das Vollzepräsidium teilt mit: Ueber den angeblichen 20-Millionen-Schmuggel, der die Cessantlichkeit seit Beginn der vorigen Woche lebhaft beschäftigt, kann jetzt nach Abschluss der Ermittlungen Endgültiges berichtet werden. Wie durch eine kurze amtliche Mitteilung bereits bekanntgegeben war, beruhen die bisherigen zahlreichen Verhöre auf freier Erfindung oder bloßer Mutmaßung. Dies gilt vor allem auch für die Meldung der Beschlagnahme von 20 Millionen an Riesenberger Bahnhof, für die Behauptung, daß eine hochgestellte Persönlichkeit Eigentümerin des geschmuggelten Geldes sei und für die Andeutung, daß die Berliner Kriminalbeamten mit dem geschmuggelten Gelde verschwunden seien.

Bei dem sonstigen Geldschmuggel handelt es sich um eine Angelegenheit, wie solche die Berliner Kriminalpolizei in den letzten Monaten ständig beschäftigt. Der Polizei war zur Kenntnis gelangt, daß eine der Höhe nach unbekannte Geldsumme in der Nähe von Basel über die badisch-schweizerische Grenze geschmuggelt werden sollte. Bei dem Gelde handelte es sich, wie bekannt, vorzugsweise um ausländische, der vorgeführten Abkempfung entzogene Wertpapiere, die von verschiedenen Privatleuten aufgesammelt, durch eine Mittelsperson ins Ausland gebracht werden sollten. Es gelang der Mittelsperson, einer in Zürich ansässigen Frau, auf die Spur zu kommen.

Am Sonntag, den 17. August, erfuhr die Polizei von der Anwesenheit der Züricher Schmugglerin in Berlin und zugleich von ihrer plötzlich erfolgten Abreise. Um den von ihr bereits gewonnenen Aufschluß einzuholen, wurden zwei erfahrene Kriminalbeamte mittels Flugzeuge der Schmugglerin nachgefaßt. In Bamberg verließen die Beamten das Flugzeug und benutzten von hier aus die Eisenbahn; Bamberg wurde überhaupt von ihnen nicht berührt. An der Schweizer Grenze erwarteten sie die Schmugglerin, die wider Erwarten erst nach fünf Tagen (am Freitag) ankam. Nach Verlassen des Zuges wurde sie sofort festgenommen. Man fand bei ihr ausländische, nicht abgestempelte Wertpapiere im Betrage von zusammen etwa 10.000 Franken. Diese wurden beschlagnahmt. Nachdem die Beamten im Auftrage der Berliner Kriminalpolizei noch weitere Ermittlungen allgemeiner Natur über strafbaren Grenzverkehr angestellt hatten, kehrten sie am Dienstag, den 24. d. M., zur Wehr zurück.

Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die von nicht-amtlicher Seite stammenden alarmierenden Zeitungsnachrichten im vorliegenden Fall der kriminalpolizeilichen Ermittlungstätigkeit hinderlich gewesen sind. Wie aus Angaben der Schmugglerin hervorgeht, ist sie durch die vorgelegten Verhöre gewarnt worden und hat offenbar von ihrer Absicht, größere Geldsummen über die Grenze zu schaffen, Abstand genommen.

Der Mörder der Pensionsinhaberin Schöpke zum Tode verurteilt.

Der Mord, dem am 4. Juli d. J. die Pensionsinhaberin Schöpke im Hause Augustburger Straße 18 zum Opfer fiel, hat seine gerichtliche Sühne gefunden. Nach umfangreicher Verhandlung, die 1 1/2 Tage in Anspruch nahm, wurde der Urverurteilte gebürtige Franz Walter, der als Täter in Frage kam, von dem zuständigen obersten Landesgericht am Landgericht in Berlin wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die Ueberführung des Angeklagten erfolgte in der Hauptsache auf dem Wege eines Indizienbeweises, da Walter bis zuletzt hartnäckig leugnete, daß er mit dem großen Unbekannten operierte. Die Hauptbelastung stützte dabei bildeten ein blutiges Messer, mit dem die Wunden an Schöpkes Brust geführt worden waren, und ein Taschentuch, das ebenfalls offenbar als Mundtuch benutzt hatte. Beide Gegenstände lagen neben der Leiche und gehörten, wie sich schnell ergab, dem Angeklagten. Dieser suchte diese für ihn so verhängnisvolle Belastung dadurch bedeutungslos erscheinen zu lassen, daß er erklärte, Taschentuch und Messer wären ihm von dem Unbekannten dem eigentlichen Mörder, gestohlen worden. Ebenfalls wenig überzeugend suchte Walter alles übrige Belastungsmaterial zu entkräften. Der Vertreter der Anklage sah jedoch den Indizienbeweis als lückenlos geführt an und plädierte auf einen schuldig fahrlässigen Mord. Demgemäß beantragte die Staatsanwaltschaft, auf die das Gericht auch nach kurzer Beratung wie bereits erwähnt, erkannte.

Die Angestellten des Vollzugsrats.

Herr Franz Reinkecht ersucht um Aufnahme folgender Zuschrift:

1. Die Angestellten des Vollzugsrats hatten nicht nur meine Führung, sondern auch die der anderen Kollegen in der Hand des Genossen Wimmerthal.
2. Bei Aufstellung der Forderungen habe ich mich um sämtliche Forderungen, und zwar im Sinne R. W. gen. Kolleginnen der U. S. B. D. sprachen mit darauf die Organisation, Angestellteninteressen zu vertreten, ab. Nur auf Wunsch des Kollegen Wimmerthal wurde ich zugelassen.
3. Den Verhandlungen des Ausschusses mit dem Vollzugsrat habe ich als stummer Teilnehmer beigewohnt, weil ich die Forderungen nicht verstanden konnte.
4. Bei der Berichterstattung in der Angestelltenversammlung hat R. W. Stellungnahme entzogen Genossen Wimmerthal, der sich verweigert. Gen. Liebigang, welche das Stenogramm der Verhandlungsausschüsse aufzunehmen, bezeichnete meine Berichterstattung als die einzige objektive.
5. Es darf nicht heißen, die Wünsche des „Herrn Reinkecht“ wurden erfüllt, sondern die Wünsche des „Herrn Wimmerthal“ seien sich trotz Belämpfung derselben in der Angestelltenversammlung durch den Herrn Reinkecht durch.

Die Wahrheit dieser Darstellung werden sämtliche Kollegen der U. S. B. D. bestätigen.

Eine Verhaftung. Aus Königsberg wird berichtet, daß der Arbeiter Max Reußner aus Berlin, der als einer der Hauptbeteiligten an dem politischen Mord des Inspektors beschuldigt wird, wurde von der hiesigen Kriminalpolizei in der Wohnung des Kommunisten Long, wo er sich unter falschem Namen verborgen hielt, verhaftet.

Der Schatz. Der preussische Minister des Innern hat an sämtliche Oberpräsidenten und Regierungsräte einen Erlaß gerichtet, wonach auf den dem Ministerium des Innern unterliegenden öffentlichen Gebäuden am 28. August von dem Aufseher des Finanzabteiles zu nehmen sei.

Zweiter Preis. Beim Sommerfest, am 24. August, in der Vor-Druckerei ist ein Fortemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Außerdem ist ein Damenschirm abhanden gekommen. Die Finder sind ersucht, resp. abzugeben bei Frau Grunach, Friedrichstraße 10.

Lebensmittellisten.

- Spandau. Ab Sonnabend 150 Gr. Margarine auf Speisekarte. Ab Freitag 50 Gr. auf Butterabgabe auf Speisekarte.
- Wilmersdorf. Woche vom 30. August bis 3. September d. J. Abchnitt 64 der allgemeinen Lebensmittelliste 300 Gr. Speisekarte zum Preise von 0,50 M.
- Hannoversdorf. Die Zuckerarten im Gemeindebezirk werden wie folgt ausgegeben: Am Donnerstag: Park- und Kaffeebohnen, 7-8 Uhr, Reuendorfer- und Friedrichstr. von 9-10 Uhr, Bahnhofsstr., 10-11 Uhr, von 10-11 Uhr, Schöneberger- und 11-12 Uhr, Hauptstr. von 12-2 Uhr. Am Freitag: Berliner- und 7-8 Uhr, Feld- und Fontanstr. von 9-11 Uhr, Hauptstr. von 11-12 Uhr, Sellenstr. von 12-2 Uhr.
- Stachen. Die Ausgabe der Milcharten für Kinder und Kranke bis zum 31. Dezember 1919 findet am Freitag statt. Näheres durch die Ausgabe. Am Donnerstag von vormittags 8 Uhr ab gelungener Verkauf; Reis und Suppen. Näheres siehe Ausgab.

Aus den Organisationen.

- 1. Wahlkreis. 9. und 10. Abteilung. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, in der Schul-Kula, Wiesenstr., Mitglieder-Festversammlung. Vortrag des Gen. Feld.
- 2. Wilmersdorf. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Frau Haderich, Friedrichstraße, kuglerordenliche Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung!
- 3. Tegel. Freitag abends 7 1/2 Uhr, Spandauer Str. 2, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten für die Schiffsenrolle. 2. Bericht der Gemeindevorstellung. 3. Neuwahl des zweiten Stellvertreters und eines Revisors.
- 4. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.

Vereinskalender.

- 1. Wahlkreis. Tegel. Sämtliche Obleute und Vertrauensleute. 28. August, vormittags 9 Uhr, Versammlung, Brunnenstr. 15.
- 2. Wilmersdorf. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Frau Haderich, Friedrichstraße, kuglerordenliche Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung!
- 3. Tegel. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Spandauer Str. 2, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten für die Schiffsenrolle. 2. Bericht der Gemeindevorstellung. 3. Neuwahl des zweiten Stellvertreters und eines Revisors.
- 4. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.
- 5. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.
- 6. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.
- 7. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.
- 8. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.
- 9. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.
- 10. Tegel. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Wölkert in der Bahnhofstr. 1, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: letzter Stunde. Referent: Genosse Rogge.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Willepp, Wilmersdorf, Wilmersdorfer Str. 10, Berlin. Druck: Wilmersdorfer Druckerei, Wilmersdorfer Str. 10, Berlin.